

Auswirkungen auf die Stahlindustrie

Referenten sprechen über „CO₂ und Klima“ – Öko-Energie dort erzeugen, wo es Sinn macht

Hanau-Großauheim (pm/upn). Der Kreisverband Hanau der Europa-Union Deutschland veranstaltete eine Info-Veranstaltung zum Themenkomplex „CO₂ und Klima“ im Bürgerhaus Alte Schule. Professor Dr. Ing. Dieter Ameling, Ex-Präsident des heutigen Stahlinstitutes Dortmund sowie Ex-Vorstandsmitglied des Stahlkonzerns Thyssen-Krupp, referierte über die Zukunft dieser Industrie.

Die deutschen Stahlwerke seien Weltspitze, stellte er fest. Ameling kritisierte die Klimapolitik der Bundesregierung. Die Arbeitsweise eines Stahlwerks wirke sich ungünstig auf die CO₂-Emission aus. Doch diese, das liege an der Art und Weise, wie ein Stahlwerk funktioniert, sei unveränderlich. Sie könne auch nicht durch den Emissionshandel reduziert werden, stellte Ameling weiter fest. Die politischen Rahmenbedingungen in Deutschland seien dennoch so ungünstig, dass die zwei größten deutschen Stahlkonzerne neue Stand-

orte in Brasilien aufgebaut hätten und ihren weiteren Rückzug aus Deutschland planen müssten. Die Stahlarbeiter würden ihre Arbeitsplätze verlieren und die Ingenieure nach Brasilien umziehen.

Als weiterer Referent sprach der aus Straßburg angereiste Leipziger FDP-Europaabgeordnete Holger Krahmer. Dessen Jugend, so seine eigene Aussage, sei vom Kommunismus und vom Zusammenbruch der DDR geprägt worden. Weil alle deutschen Parteien heute bei den Themen CO₂ und Klima auf einer Linie seien, betonte Krahmer, sei die Situation heute in Deutschland wie früher in der DDR, wettete er. Nur eine abgeschottete Inselmeinung sei zugelassen. Im Europaparlament und im Rest der Welt sei das anders, stellte er fest.

Krahmer sei auch mit dem Weltklimarat (IPCC) inhaltlich nicht einverstanden. In den IPCC-Berichten werde die Unsicherheit der Globaltemperatur von Mal zu Mal

größer. Aktuell sei die Spanne von 1,1 bis 6,4 Grad Celsius. Das rechtfertige seiner Meinung nach keine solch gravierenden politischen Maßnahmen wie die CO₂-Reduktion um 30 Prozent bis 2020.

Europa habe beim Weltklimagipfel in Kopenhagen erleben müssen, wie US Präsident Barack Obama nur noch mit China verhandelt habe. Der Rest der Welt, allen voran Europa, habe das Zweierergebnis nur noch abnicken können, um das totale Aus der „Weltklimapolitik“ zu vermeiden. Ein gemeinsam erklärtes Ziel sei es, den europäischen Binnenmarkt endlich auch für elektrischen Strom zu schaffen. Dann müssten die Standorte für erneuerbare Energien dort hin, wo sie am effizientesten seien.

Heute seien sie am Ort der höchsten Staatssubventionen. Sonnenenergie aus Deutschland sei gegenüber Sonnenenergie aus Spanien oder Marokko unwirtschaftlich.